

## Jetzt dominieren Last-Minute-Revolutionäre

Der syrische Oppositionelle Haytham Manna sieht ursprüngliche Ziele der Erhebung in Gefahr



**Haytham Manna** (Jahrgang 1951) ist Auslandsprecher des Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel in Syrien. Während des Aufstandes der syrischen Muslimbruderschaft (1979/80) musste Manna Syrien aus politischen Gründen verlassen. Seit 1982 lebt er in Frankreich, wo er in der Arabischen Kommission für Menschenrechte tätig ist. Mit ihm sprach **Karin Leukefeld**. Foto: Karin Leukefeld

● In Deutschland wurde dieser Tage von syrischen Oppositionellen ein Plan für »den Tag danach« veröffentlicht. Was halten Sie davon?

Die Leute, die diesen Plan vorgestellt haben, wollen einem das Gefühl vermitteln, dass man sich keine Sorgen machen muss, sollte das Regime morgen fallen. In einer historischen Phase wie jetzt wird die Zukunft aber durch die Entwicklung zwischen heute und morgen bestimmt. Da gibt es viele Szenarien. Wenn es einen Militärputsch gibt, wird die Entwicklung ganz anders aussehen als das, was die Leute jetzt vorgeschlagen haben. Und wenn die Kämpfer, die aus der Türkei kommen und jetzt Aleppo besetzt halten, morgen versuchen, nach Damaskus zu marschieren, wird es wieder ganz anders sein. Die werden niemanden nach einem Plan für »den Tag danach« fragen. Sie werden niemanden eine neue Regierung wählen lassen. Sie werden – mit all ihren extremistischen Ideen – die Macht übernehmen und die Herrscher des Syriens von morgen sein.

● Wo steht die syrische Opposition heute? Trägt sie Verantwortung für den innersyrischen Krieg?

Wir haben in der Opposition Leute, die wir als »Last-Minute-Revolutionäre« bezeichnen. Sie waren nie Aktivisten. Allein im Syrischen Nationalrat kann ich Ihnen zehn Namen nennen. Vor drei Jahren habe ich diese Leute aufgefordert, eine Petition für Haytham Maleh zu unterschreiben, der damals verhaftet worden war. Sie haben abgelehnt! Mit der Begründung, sie seien Akademiker, objektiv und hätten mit Politik nichts zu tun. Und heute führen genau diese Leute die Extremisten in der Op-

position. Sie fordern Macht für die Sunniten und wollen die Alewiten und Schiiten aus Syrien vertreiben. Sie rufen nach Bewaffnung und ausländischer Intervention. Keiner von ihnen spricht offen über die Söldner aus Libyen, Saudi-Arabien und Tunesien, die in Syrien kämpfen. Keiner fordert ihren Abzug. Und uns bezeichnen sie als »Kopplizen des Regimes«, weil wir für einen Dialog eintreten.

● Sie machen Extremisten im Syrischen Nationalrat für das Scheitern des friedlichen syrischen Aufstandes verantwortlich?

Der Nationalrat wird von islamischen Kräften und der Muslimbruderschaft dominiert. Am Anfang war es noch verzeihlich, über ein paar Dutzend ausländische Kämpfer aus Libyen und Ägypten

**Für uns geht es um eine Veränderung, die dem Leben Wert gibt, nicht dem Tod.**

hinwegzusehen. Aber es wurden Hunderte! Und diese Hunderte töten die syrische Revolution. Sie töten die Prinzipien, mit denen wir den Protest begonnen haben. Mit zwei Worten haben wir angefangen: Freiheit und Würde. Und heute gibt es nur noch einen Ruf: Allahu Akbar! – Allah ist groß!

Dschihadisten, syrische Extremisten und Islamisten wollten von Anfang an eine militärische Auseinandersetzung, aber sie wussten, dass wir, die Säkularen, die Humanisten, die Aktivisten der zivilen Bewegung keinen Dschihad, keinen »Heiligen Krieg« wollen. Für uns geht es um eine Veränderung, die dem Leben Wert gibt, nicht dem Tod. Mit allem Respekt für den Tod und allem was danach kommt – heute leben wir. Und wir haben das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

● Die französische Regierung hat die syrische Opposition praktisch aufgefordert, eine Übergangsregierung zu bilden.



Einige der am Sonnabend in Damaskus freigelassenen 160 Regierungsgegner

Foto: AFP/Joseph Eid

Wie können wir als Opposition Respekt von den Syrern erwarten, wenn uns Herr Fabius (Frankreichs Außenminister Laurent Fabius - K. L.) den neuen Weg für Syrien vorschreibt? Wie könnten wir uns selber noch respektieren?

● Immerhin ist diese Opposition, die Fabius oder Präsident François Hollande ansprechen – der Syrische Nationalrat (SNR) –, in den Medien sehr präsent.

Uns verweigert man praktisch diesen Zugang. Wir haben nicht das Recht im CAP, dem Club der Auslandsjournalisten in Paris, zu sprechen. Weder ich, noch Michel Kilo noch Fayez Sara, und das im demokratischen Frankreich! Und als wir vor zwei Wochen die Initiative für einen Waffenstillstand gestartet haben, hat nicht einmal die BBC, die als besonders objektiv gilt, über den Inhalt der Initiative berichtet. Stattdessen haben sie die Berichterstattung der Golfstaatenender Al Arabija und Al Dschasira übernommen: Der Syrische Nationalrat weist die Initiative für einen Waffenstillstand zu-

rück. Deshalb informieren diese Sender nicht einmal über den Inhalt unserer Initiative. Sie berichten nur, dass der SNR die Initiative ablehnt.

● Gab es denn positive Reaktionen?

Bewaffnete Gruppen und vor allem Leute aus Aleppo haben positiv reagiert. Allein ich habe, hier in Paris, mehr als 200 Anrufe aus Aleppo bekommen. Leute haben mir gesagt, dass sie einen Waffenstillstand unterstützen und wollen, dass der »schmutzige Krieg«, wie sie ihn nennen, gestoppt wird. Nichts davon erscheint in den Medien.

● Gab es ein Echo von Politikern?

Ja, Herr Lawrow, Russlands Außenminister, hat den Vorschlag begrüßt, auch aus dem Büro von Kofi Annan hatten wir sehr gute Reaktionen.

Griechenland, Italien, Ungarn, insgesamt mehr als zehn europäische Staaten, haben mit uns Kontakt aufgenommen und wollten

wissen, wie der Vorschlag nach dem Amtsantritt von Lakhdar Brahimi umgesetzt werden kann.

● Hat sich die deutsche Regierung geäußert?

Nein, Deutschland hat ohnehin nur Kontakt mit zwei Gruppen: dem SNR und einer kleineren Gruppe, die aus dem SNR ausgetreten ist. Aber mit 20 anderen europäischen Staaten haben wir regelmäßigen Austausch.

● Was sagt die syrische Regierung?

Vizepräsident Faruk Scharaa und Ali Haidar, der Minister für Nationale Versöhnung, haben den Vorschlag öffentlich unterstützt. Am 12. September ist eine große Konferenz der syrischen Opposition in Damaskus geplant, dort sollen weitere Schritte der Umsetzung besprochen werden. 21 politische Parteien aus Syrien haben ihre Teilnahme zugesagt, wir hoffen, dass auch Lakhdar Brahimi oder ein Beauftragter von ihm teilnehmen wird.

### Nachrichten

#### Rebellen melden Erfolge im Osten

**Beirut/Moskau** (AFP/nd). Die syrischen Rebellen wollen in ihrem Kampf gegen die Regierungstruppen ein Gebäude der Luftabwehr in der östlichen Provinz Deir Ezzor eingenommen haben. Das geht aus einer Verlautbarung ihrer Medien in London hervor. Bei der Einnahme des Stützpunkts in der Stadt Bukamal seien mindestens 16 Soldaten gefangen genommen worden, darunter auch Offiziere. Die Rebellen wollen auch Luftabwehrraketen erbeutet haben. Landesweit habe die Freie Syrische Armee Dutzende Soldaten getötet oder verschleppt.

Die syrische Nachrichtenagentur Sana berichtete dagegen, die Armee habe mehrere Posten der als Terroristen bezeichneten Rebellen zerstört. Wie Sana weiter berichtete, habe eine Terroristengruppe bei Aleppo ein Massaker an einer Familie verübt. Zu den Toten zählten auch drei Kinder.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat es »naiv« genannt, wenn der Westen und die arabische Welt erwarteten, dass Syriens Präsident Baschar al-Assad den Kampf um wichtige Städte als erster aufgeben werde. Die Erklärung Lawrows war eine Reaktion auf den Amtsantritt des neuen Syrien-Sondergesandten von Arabischer Liga und UNO, Lakhdar Brahimi.

Kommentar Seite 4

#### Linker Aufmarsch gegen Mursi in Kairo

**Kairo** (nd-Shahyar). In Kairo hat es die erste große Demonstration linker Gruppen gegen die neue Regierung der Muslimbrüder und gegen Präsident Mohammed Mursi gegeben. Aufgerufen hatten unter anderem die Sozialistische Volksallianz, die Revolutionären Sozialisten, die Ägyptische Strömung (eine progressive Abspaltung der Muslimbrüder), die Jugend der Sozialdemokratischen Partei sowie Bürgerrechtsgruppen wie die Kampagne gegen die Militärtribunale. Die Demonstration hatte fünf Kernbotschaften: Ablehnung der vor Kurzem vereinbarten neuen IWF-Kredite an Ägypten und Streichung von ausländischen Schulden, 1500 Pfund (ca. 200 Euro) Mindestlohn, Freilassung aller politischen Gefangenen und die Verurteilung der verantwortlichen Militärs für die Menschenrechtsverletzungen seit der Revolution. Mit 5000 Teilnehmern war diese erste dezidiert linke Demonstration größer als die Mobilisierung von rechten Kräften gegen Mursi vor gut einer Woche.

## Gedenken in Gdansk

Neues Museum soll an Zweiten Weltkrieg erinnern

Von Julian Bartosz, Wroclaw

Noch vor der Morgendämmerung begannen in Polen am 1. September die Feierlichkeiten anlässlich des 73. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Auf der Westerplatte in Gdansk, wo damals der Kreuzer »Schleswig-Holstein« das polnische Militärschiff beschoss, fand in der Dunkelheit ein »Geländespiel« mit etwa 50 teilnehmenden »Rekonstruktoren« statt.

Danach hielt Verteidigungsminister Tadeusz Siemoniak vor dem Ehrenmal für die Verteidiger eine Rede. Daran erinnernd, dass die Besetzung des polnischen Postens sich erst nach sieben Tagen der deutschen Übermacht ergeben hatte, wies er auf die Notwendigkeit einer Modernisierung der polnischen Armee hin.

So bot also dieser Tag die Gelegenheit, weitere Militärausgaben

zu fordern. Sie wurden auch von Staatspräsident Bronislaw Komorowski unterstützt, der anderorts damalige Schauplätze der polnischen Verteidigung besuchte.

Tatsächlich war 1939 der deutsche Angreifer in allen Waffengattungen, insbesondere mit 2800 Panzern (gegen 700) und 2000 Flugzeugen (gegen 400) weit überlegen. 950 000 polnische Soldaten standen der 1,8 Millionen zählenden Wehrmacht gegenüber.

Ebenfalls am Sonnabend wurde in Gdansk der Grundstein für ein »Museum des Zweiten Weltkriegs« gelegt. Wie Premier Donald Tusk ausführte, wird in diesem Museum, das bis 2014 fertiggestellt sein soll, »der Weltkrieg nicht nur aus der Perspektive der großen Politik, sondern als Leidensgeschichte der Menschen vieler Nationen« veranschaulicht. Gleichzeitig werde es symbolhaft Polens Stärke darstellen.

## Ruf nach »roten Linien«

Netanjahu fordert klaren Iran-Kurs des Westens

**Jerusalem** (dpa/nd). Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat den Westen aufgerufen, im Atomstreit mit Teheran »rote Linien« zu ziehen. »Iran sieht keine internationale Entscheidung, sein Atomprogramm zu stoppen«, sagte Netanjahu am Sonntag während der wöchentlichen Kabinettsitzung. Ohne klare Grenzziehung werde Teheran weiter Fortschritte in Richtung Atombombe machen, so Netanjahu. Dies sei Besorgnis erregend – vor allem angesichts des jüngsten Berichts der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA über gesteigerte Urananreicherung und verwischte Spuren in der Militäranlage Parchin.

Unterdessen hat der ehemalige Leiter einer israelischen Untersuchungskommission scharf vor einem möglichen Angriff auf Iran gewarnt. Eliahu Winograd sagte dem israelischen Armeesender am

Sonntag, eine Attacke auf die iranischen Atomanlagen könnte Israels Zukunft gefährden. Der ehemalige Richter war Leiter einer Expertenkommission, die Israels militärischer und politischer Führung schwere Fehler während des Libanonkriegs von 2006 vorgeworfen hatte. Winograd äußerte Misstrauen hinsichtlich möglicher Entscheidungen von Ministerpräsident Netanjahu und Verteidigungsminister Ehud Barak. »Alle ehemaligen und gegenwärtigen Geheimdienstchefs von Shin Bet, Mossad und Militär sagen: »Greift nicht an!« und nur Barak und Netanjahu entscheiden, es doch zu tun?«, äußerte Winograd während des Interviews.

Israelische Medien spekulieren über einen möglichen israelischen Angriff auf Iran im Oktober. Die israelische Führung sieht ein nuklear aufgerüstetes Regime in Teheran als existenzielle Bedrohung.

ND MITTENDRIN

UNTERSTÜTZEN SIE IHR NEUES DEUTSCHLAND

ND AKTIONSTEAM

GRATIS-EXEMPLARE BESTELLEN

Am 29. September 2012 findet in Berlin, Bochum, Frankfurt, Hamburg, Köln und weiteren Städten der bundesweite Aktionstag »UMfairTEILEN« statt. Wir suchen Sie, um Gratis-Exemplare der aktuellen Ausgabe von neues deutschland auszulegen oder zu verteilen. Machen Sie mit!

Sagen Sie uns Bescheid, wir schicken Ihnen gern welche zu!  
Per E-Mail: aboservice@nd-online.de oder Tel.: 030 29 78 - 18 00

neues deutschland

DRUCK VON LINKS